

Sitzung Nr. 1 vom 21. Januar 2014

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Remo Bill Alexander Kaufmann Angela Kummer Anna Duca (Ersatz) Markus Neuhaus (Ersatz) Aldo Bigolin Hubert Bläsi Renato Müller Richard Aschberger Heinz Müller Ivo von Büren Andreas Kummer Marco Crivelli Nicole Hirt
Entschuldigt	Clivia Wullimann Urs Wirth
Anwesend von Amtes wegen	Claude Barbey, Stadtbaumeister Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 19:00 Uhr
TRAKTANDEN	(2757 - 2766)
1	2757 Ansprache von Stadtpräsident François Scheidegger zu seinem Amtsantritt
2	Protokoll der Sitzung Nr. 10 vom 3. Dezember 2013
3	2758 Überkommunaler Richtplan Energie Grenchen-Büren: Hearing für Gemeinderäte und BAPLUK

- | | | |
|----|------|---|
| 4 | 2759 | Überarbeitung Gestaltungsplan Hinzihöfli, Bereich GB Nr. 2746: Öffentliche Auflage |
| 5 | 2760 | Bring + Holtag: Grundsatzentscheid Weiterführung |
| 6 | 2761 | Genehmigung Demission von Boris Banga, ordentliches Mitglied des Gemeinderates, Kenntnisnahme Wahlfeststellungen Clivia Wullimann, SP, ordentliches Mitglied, und Alfred Kilchenmann, 3. Ersatzmitglied |
| 7 | 2762 | VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN |
| 8 | 2763 | Motion Richard Aschberger (SVP): Auflösung Fachkommission Schulen Grenchen |
| 9 | 2764 | Motion Fraktion CVP: Durchführung einer anonymen Umfrage bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Grenchen |
| 10 | 2765 | (Ersatz-) Wahlen in Kommissionen und andere Gremien für die Amtsperiode 2013 – 2017, Kompetenzbereich Gemeinderat |
| 11 | 2766 | Mitteilungen und Verschiedenes |

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 10 vom 3. Dezember 2013 wird mit folgenden Korrekturen genehmigt.

Deckblatt

An der Sitzung hat nicht Gemeinderat François Scheidegger teilgenommen, sondern Dr. Alexander Kohli, Ersatz-Gemeinderat.

Das Deckblatt wird ausgewechselt.

GRB 2745

Wiedererwägungsantrag zu GRB 2727 vom 10. September 2013: IR 620.501 und 621.501 / Budget 2014 / Kirchstrasse, Quartierstrasse / Erschliessung Grundstücke GB Grenchen 4410 und 2491 sowie GB 2485, 4126, 5494 und 4063 Bereich Kirchstrasse und Quartierstrasse mit Neuerstellung Parkierungsanlage / Projektgenehmigung / Kreditbewilligung

Dr. Alexander Kohli wünscht diverse stilistische Änderungen in Ziff. 2.1.

Der Beschluss wird ausgewechselt.

Allgemeines zum GR-Versand

1. Gemeinderat Remo Bill hat zwei administrative Fragen an die Stadtkanzlei:
 - a. Ist es nicht möglich das Protokoll gleichzeitig mit den anderen Unterlagen zu versenden?
Auch auf einen Nachversand für Vorlagen sollte - wenn möglich - verzichtet werden.
Nur so ist es möglich, an den Fraktionssitzungen den Ablauf der Gemeinderats-sitzung ganzheitlich vorzubereiten. Ich bitte, das in Zukunft zu berücksichtigen.
 - b. Können die Gemeinderatsunterlagen nicht in anderer Form zugestellt werden?
Mit den heutigen technischen Mitteln sollte dies möglich sein. Die Papierflut könnte so minimiert werden.
2. Stadtpräsident François Scheidegger ist der rechtzeitige Versand der Unterlagen ebenfalls ein Anliegen. Es ist aber nicht immer so einfach. Nach der Sitzung gibt es die Phase der Nachbereitung, dann kommt die Protokollierung, dazwischen folgt noch eine GRK-Sitzung (mit Versand und Protokoll). Für den GR-Versand braucht es eine gewisse Vorlaufzeit. Es ist tatsächlich unbefriedigend, wenn man die Protokolle an der Fraktionssitzung nicht vorliegend hat. Die Stadtkanzlei hat das Anliegen so aufgenommen und wird sich bemühen, in Zukunft die Unterlagen rechtzeitig zuzustellen.
3. Stadtschreiberin Luzia Meister ist dankbar, wenn die GR-Mitglieder die Stadtkanzlei unterstützen und ihre schriftlichen Voten – sofern vorhanden - der Protokollführerin elektronisch zustellen können. Es ist nicht wenig sinnvoll, Voten ab Band niederzuschreiben, welche allenfalls elektronisch vorhanden wäre.
Was den elektronischen Versand der GR-Unterlagen betrifft, hat die Stadtkanzlei am 22. Juni 2012 eine Umfrage „*Mobile Technik für mobile Politikerinnen und Politiker - Umfrage betreffend elektronische Kommunikationsmittel und -infrastruktur*“ bei den GR-Mitgliedern der Amtsperiode 2009/13 durchgeführt. Dort war relativ klar das Votum, dass man es nicht will und nicht braucht. Es wurde auch beanstandet, dass dann die GR-Mitglieder die Unterlagen zu Hause selbst drucken müssten. Die Stadtkanzlei wird prüfen, wie man das am besten für diejenigen, welche es gerne elektronisch möchten, handhaben könnte. Vielleicht müsste man alle zwei Jahre eine Umfrage durchführen. Vielleicht ist irgendeinmal die Zeit reif und alle verfügen über einen Laptop oder Tablet-PC.
4. Beschluss
Die Stadtkanzlei wird auf Wunsch von Remo Bill und im Hinblick auf das Budget 2015 wieder eine Umfrage starten.

Ansprache von Stadtpräsident François Scheidegger zu seinem Amtsantritt

1. Stadtpräsident François Scheidegger hält folgende Rede:

*Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Kolleginnen und Kollegen*

Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur ersten Gemeinderatssitzung 2014 und zu meiner ersten Sitzung als Stadtpräsident von Grenchen. Ich hoffe, dass Sie gut ins neue Jahr gestartet sind und wünsche Ihnen und Ihren Familien ein glückliches und zufriedenes neues Jahr. Ich freue mich auf unsere künftige Zusammenarbeit in dieser Amtsperiode.

Die Arbeit wird uns ja nicht ausgehen: Zu meinem Amtsantritt ist mir eine Pendenzenliste mit 120 Positionen übergeben worden. Darunter sind viele kleine Geschäfte, aber auch einige grosse Brocken. Gehen wir deshalb zügig an die Arbeit, denn jetzt sind wir frisch, jetzt können wir ohne auf die nächsten Wahlen zu schielen miteinander Lösungen erarbeiten. Sowieso ist davon auszugehen, dass uns keine einfachen Zeiten bevorstehen: Einerseits dürften unsere finanziellen Ressourcen nicht wesentlich wachsen – eher im Gegenteil! - andererseits stehen wir in einem harten Standortwettbewerb – besonders als Wirtschafts-, Wohn- oder Einkaufsstandort. Wir stehen vor grossen Herausforderungen, die wir nur gemeinsam angehen können.

Wettbewerb ist grundsätzlich eine gute Sache, und auch die Parteien und Fraktionen stehen in einem Wettbewerb – in einem politischen Wettbewerb. Und das ist gut so, schliesslich wollen wir weiter kommen und dafür brauchen wir gute Ideen. Wir dürfen auch getrost ab und zu was wagen; unsere Vorgänger, die die Uhrenindustrie nach Grenchen brachten, den Flughafen, Schulen, Parktheater und manches mehr realisierten, sind uns da ein eindrückliches Beispiel. Und das Velodrome zeigt uns, dass wir das heute noch können.

Besinnen wir uns auf die Stärken unserer Stadt und konzentrieren wir uns nicht nur auf das, was nicht oder noch nicht optimal ist. Handeln wir stärkenorientiert und nicht schwächenorientiert. Es gibt genügend andere, die unsere Stadt schlecht reden, oder solche, die neue Ideen von Anfang an nur kritisieren.

Wichtig ist, dass wir beim politischen Diskurs auf der Sachebene bleiben. Polemisieren wir nicht, sein wir offen für Neues und begegnen wir unserem politischen Mitbewerber ohne ideologischen Scheuklappen, mit Respekt und Wohlwollen. Und wer im Rat in einer Abstimmung unterliegt, ist aufgefordert, den demokratisch gefassten Entscheid zu akzeptieren. Denken wir daran: Wir alle in diesem Saal wollen letztendlich ja das Gleiche: Nämlich das Beste für Grenchen, das Beste für unsere Einwohnerinnen und Einwohner. Und: Die Politik hat der Bevölkerung zu dienen und darf nicht zum Schauplatz für Selbstinszenierungen werden.

Ich bin überzeugt, dass die Ausgangslage für Grenchen gut ist, wir haben ein grosses Potential und sind gut aufgestellt. Mit dem Businessplan verfügen wir über eine wertvolle Basis und Orientierungshilfe, ein konkretes, umsetzungsorientiertes Strategiepapier; er dient den politischen Behörden und der Verwaltung als Leitplanke. Nehmen wir von Zeit zu Zeit den Businessplan wieder zur Hand und orientieren wir uns wieder an ihm.

Wir müssen aber weiterhin haushälterisch mit den uns zur Verfügung stehenden Mittel umgehen, es werden nämlich neue Aufgaben auf uns zukommen und in gewissen Bereichen werden die Kosten ungebremst zunehmen. Zudem möchten wir uns auch einen gewissen Spielraum bewahren, um das eine oder andere Projekt anzupacken. Wer aber die Hände frei haben will für Neues, der muss auch loslassen können und manchmal müssen alte Zöpfe abgeschnitten werden. Dabei werden wir sicher auch unpopuläre und schmerzliche Entscheide fällen müssen. Das werden wir beherzt und entschieden tun. Dazu müssen wir gerade auch bei unangenehmen Entscheiden zusammenstehen.

Gerade bei schwierigen Entscheiden hilft, wenn wir überzeugt und überzeugend gegenüber der Bevölkerung auftreten. Dabei hilft auch Transparenz: Es soll für alle nachvollziehbar und erklärbar sein, was warum entschieden wird. So sollen zum Beispiel in Zukunft wirklich nur jene Geschäfte vertraulich klassiert sein, die es wirklich sind.

Ich will der Stadtpräsident aller Grenchnerinnen und Grenchner sein. Ich will insbesondere auch all jenen, die mich nicht gewählt haben, durch mein persönliches Verhalten und meine Arbeit überzeugen.

Ich möchte eine offene Gesprächskultur pflegen, zögern Sie nicht, bei Anliegen mir persönlich zu telefonieren. Die Stadtkanzlei ist Ihr Dienstleistungsbetrieb und unterstützt Sie gerne bei Ihrer politischen Arbeit – sei es, dass Sie zusätzliche Informationen zu einem Thema oder Geschäft benötigen, sei es, dass wir Ihnen bei der Formulierung eines Vorstosses behilflich sein können.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen - packen wir's an!

Stadtpräsidium

0.1.2 / acs

Überkommunaler Richtplan Energie Grenchen-Büren: Hearing für Gemeinderäte und BAPLUK

Vorlage: Handout der Repla GB

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. François Scheidegger begrüsst Frau Rita Gnehm und Herr Bruno Hoesli von der Firma PLANAR AG für Raumentwicklung, welche eine Präsentation für die Mitglieder des Gemeinderates und der Bau-, Planungs- und Umweltkommission vorbereitet haben.

1.2. Gemäss Stadtbaumeister Claude Barbey haben die Gemeinderats- und BAPLUK-Mitglieder ein Handout ohne Vorlage der Baudirektion erhalten. Der Kanton Bern hat in seinem Energiegesetz vorgesehen und auch verankert, dass grössere Gemeinden einen Energierichtplan erarbeiten müssen. Für die kleinen Gemeinden ist es freiwillig, für die grösseren obligatorisch. Es gibt ca. 60 Gemeinden im Kanton Bern, welche dies jetzt angehen müssen und darunter gehört auch Büren a.A. – eine der Nachbargemeinden von Grenchen. Das ist mit ein Grund, dass der Energierichtplan in der Repla Grenchen-Büren ein Thema und beantragt wurde, im Gebiet der Repla so einen auszuarbeiten. Der Kanton Bern beteiligt sich mit 50 Prozent an den Kosten solcher Energierichtpläne. Beim Kanton Solothurn gibt es bisher keine entsprechende Regelung. Die Repla konnte bewirken, dass der Kanton Solothurn auch max. Fr. 35'000.00 an das Gesamtprojekt gibt. Es kommt vor allem den Solothurner Gemeinden Grenchen und Bettlach zugute. Im Mai 2012 hat der Gemeinderat den Beschluss gefasst, dass sich Grenchen an diesem Energierichtplan beteiligt und einen Kredit von Fr. 30'000.00 bewilligt (GRB Nr. 2593 vom 15.05.2012). Der Kostenbeitrag errechnete sich nach dem Verteiler gemäss Einwohnerzahl pro Gemeinde innerhalb des Repla-Gebietes. Die heutige Präsentation des Projekts dient zur Orientierung des Gemeinderates und der BAPLUK-Mitglieder. Es muss noch kein Beschluss gefällt werden. Sinn und Zweck des Energierichtplanes ist es, das Potenzial für eine optimale Energienutzung im Gebiet Grenchen zu erkennen und bezogen auf die Siedlung abzuschätzen, wie die Möglichkeiten der Nutzung von Abwärme, Wärmeverbänden etc. sind. Der Energierichtplan stellt in diesem Sinne eine Übersicht dar, um in Zukunft richtige strategische Entscheide in Fragen der Energie zu fällen. Es wird noch die Frage sein, inwieweit man den Energierichtplan in die anstehende Ortsplanungsrevision einfliessen lassen will, ob es ein behördenverbindliches Papier sein wird oder sogar etwas sein soll, das je nach Baugebiet auch als grundeigentümergebunden deklariert werden kann. Das sind alles Entscheide und Fragen, welche in einer nächsten Phase diskutiert und besprochen werden müssen.

- 1.3. Herr Bruno Hoesli nimmt anhand einer Präsentation (siehe Beilage) zu folgenden Themen Stellung:
- Entwicklung Energiebedarf Schweiz
 - Rückblick Methodik, Analyse
 - Potenzialerhebung, Energieziele, Prioritätenordnung, Vorentwurf Energieplan, Erarbeitung der Massnahmen
 - Weiteres Vorgehen
 - Terminplanung

1.4 François Scheidegger dankt Bruno Hoesli für seine interessanten Erläuterungen.

2. Diskussion

- 2.1. Laut Gemeinderat Alexander Kaufmann wurde die Wärmebedarfsanalyse Grenchen mit grossem Interesse in der SP-Fraktion gelesen und diskutiert. Die aufgezeichnete Vielfalt der möglichen und bereits heute eingesetzten Energieträger in der Stadt Grenchen ist erstaunlich und erfreulich zugleich. Als Energiestadt mit Label sind diese Möglichkeiten der Energieversorgung von grosser Wichtigkeit und dienen als Grundlage für den Energierichtplan. Den notwendigen Kredit für die Ausarbeitung solcher Studien und Analysen wurde ja bekanntlich im Gemeinderat vom 15. Mai 2012 genehmigt. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass als zusätzlicher Energieträger für die Stadt und Region Grenchen auch die Fernwärmeleitung der KEBAG Zuchwil noch einmal aufgenommen werden sollte. Sowohl in der BAPLUK-Sitzung vom 14. Mai 2012 als auch im Gemeinderat vom 15. Mai 2012 wurde dieses Anliegen aufgenommen und protokolliert. Leider fand damals der Kreditantrag für den 2. Schritt der Machbarkeitsstudie im Gemeinderat keine Mehrheit. Die KEBAG verbrennt jährlich 220'000 Tonnen Abfall. Dabei entsteht Wärme, die zum Teil in Strom umgewandelt und zu einem anderen Teil als Fernwärme in Form von Dampf oder Heisswasser an Kunden verkauft wird. Mit der Regio Energie Solothurn hat die KEBAG aktuell bereits einen regionalen Vermarktungspartner. Die Fernwärmeleitungen wurden schon bis zum Dornacherplatz in Solothurn gezogen und ein weiterer Ausbau ist geplant und zum Teil schon im Bau. Die KEBAG plant weitere Ausbauten der bestehenden Verbrennungsanlagen und wird dadurch auch die Wärmeabgabe bis im Jahr 2020-25 weiter steigern können. Die SP bedankt sich bei allen Beteiligten für das Ausarbeiten dieser Unterlagen und hofft auf eine gute Aufnahme ihres Anliegens.
- 2.2. Laut Gemeinderat Hubert Bläsi ist die FDP von einer Orientierung ausgegangen und dankt dem Referenten für seine Ausführungen. Sie ist auch froh über die erhaltenen Zusatzinformationen. Er erkundigt sich, wie es später um die Verbindlichkeit solcher Möglichkeiten oder Konzepte steht. Kann man noch etwas dazu sagen oder ist das auf freiwilliger Basis gedacht?
- 2.3. Bruno Hösli führt aus, dass er die Situation mit der Fernwärme KEBAG kennt. Die PLANAR AG hat auch die Energieplanung in Solothurn erarbeitet. Er findet, dass es sich um eine sehr grosse Distanz handelt. Über die Distanz hat es grosse Teile, bei denen es praktisch keine Abnehmer gibt. Er bezweifelt sehr, dass eine Fernwärmeleitung über diese Distanz wirtschaftlich sein könnte. Zudem wird in den Kehrrechtverbrennungsanlagen der Energieinhalt in Zukunft zurückgehen. Gerade wenn Plastik gesammelt wird, kann dies ziemliche Einbrüche geben. Gleichzeitig wird zunehmend mehr Strom produziert, d.h. es gibt heute schon Technologien, mit denen man bis 80 Grad runter Strom erzeugen kann. Das ist natürlich eine effizientere Methode, als schon bei 150 Grad Dampf auszukoppeln, um damit Strom zu produzieren.

In Grenchen selbst hat es so schöne Wärmequellen, dass es nicht wirtschaftlich wäre, diese nicht zu nutzen. Zur Verbindlichkeit meint Bruno Hösli, dass der Richtplan behördenverbindlich ist. Die Behörde ist angehalten, danach zu handeln. Er ist aber nicht für den Grundeigentümer verbindlich. Innerhalb des Richtplanes selbst gibt es noch Abstufungen: es gibt Prioritätsgebiete, Versorgungsgebiete und Eignungsgebiete. Wenn man einen Contractor (z.B. die SWG) finden würde, welcher in einem bestimmten Gebiet ein Contracting mit Wärme- und Kälteversorgung aufbaut, dann könnte es sinnvoll sein, das Gebiet in der Nutzungsplanung als Erschliessungsplan mit Anschlussverpflichtung zu bezeichnen. Denn ein Contractor wird nur einsteigen, wenn er weiss, dass er mit seinem investierten Geld – das sind Millionenbeträge – auch wirklich Abnehmer findet. Dies liegt aber in der Kompetenz der Gemeinde. Der Richtplan ist nur die Grundlage dazu. Wenn man für Teilgebiete eine Anschlussverpflichtung durchsetzen möchte, muss das die Gemeinde in der Nutzungsplanung umsetzen.

3. Beschluss

- 3.1. Die Ausführungen werden vom Gemeinderat und der Bau-, Planungs- und Umweltkommission zur Kenntnis genommen.

Vollzug: BD

Beilage: Präsentation PLANAR AG: „Überkommunaler Richtplan Energie Grenchen Büren vom 21.01.2014

BAPLUK
BD
Konrad Schleiss, Präsident BAPLUK und Repla GB
Jean-Pierre Ruch, Geschäftsführer Repla GB

8.7.1.0 / acs

Überarbeitung Gestaltungsplan Hinzihöfli, Bereich GB Nr. 2746: Öffentliche Auflage

Vorlage: BAPLUKB 108/18.11.2013

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Stadtbaumeister Claude Barbey fasst die Vorlage kurz zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderat Remo Bill erklärt, dass das Ziel in der Stadt Grenchen sein muss, dass unbebaute Flächen innerhalb des Siedlungsgebietes genutzt werden. Eine innere Verdichtung ist für die Stadtentwicklung von Grenchen wichtig. Das zeigt auch die letztjährige Studie der Architekturstudenten der ETH Zürich. Der vorliegende überarbeitete Gestaltungsplan Hinzihöfli erfüllt die baurechtlichen Auflagen. Die Baukörper passen sich der Hanglage an, die Kuben sind nicht störend. Der Panoramablick ist Passanten weiterhin gewährleistet. Der Übergang zu den nördlich gelegenen Einfamilienhäusern ist verträglich. Das hat ihm auch ein Anwohner bestätigt. Die Akzeptanz ist vorhanden; damit sollte (muss) der Gestaltungsplan bewilligungsfähig sein. Beim Baugesuchsverfahren muss aber zwingend die architektonische Umsetzung und die Materialisierung der Bauten beachtet und beurteilt werden. Auch kritisch zu beachten ist die Problematik bei der Ein- und Ausfahrt zur Einstellhalle. Die SP Fraktion ist für Eintreten und wird der Vorlage zustimmen.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der „Überarbeitung Gestaltungsplan „Hinzihöfli“, Bereich GB Nr. 2746“ wird zugestimmt.

- 4.2. Die Baudirektion wird beauftragt die „Überarbeitung Gestaltungsplan „Hinzihöfli, Bereich GB Nr. 2746“ gemäss §§15 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes während 30 Tagen öffentlich aufzulegen.
- 4.3. Sofern der Gemeinderat nicht über Einsprachen zu entscheiden hat, ist die „Überarbeitung Gestaltungsplan Hinzihöfli, Bereich GB Nr. 2746“ nach erfolgter Auflage direkt dem Regierungsrat zur Genehmigung einzureichen.

Vollzug: BD

BAPLUK
BD

7.9.3.0 / acs

Bring + Holtag: Grundsatzentscheid Weiterführung

Vorlage: BAPLUKB 109/18.11.2013

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Stadtbaumeister Claude Barbey fasst die Vorlage kurz zusammen.

2. Eintreten

2.1. Gemäss Gemeinderätin Angela Kummer sieht die SP-Fraktion ein, dass es unter diesen veränderten Bedingungen nicht mehr sinnvoll ist, den Bring- und Holtag weiterzuführen. Ja, so ist es sogar eine Zumutung für alle Beteiligten, insbesondere aber die Werkhof-Mitarbeiter. Die SP schlägt aber vor, dass die Baudirektion offen informiert, dass der Bring- und Holtag nicht mehr weitergeführt wird, und die Bevölkerung darauf hinweist, welche Alternativen im Raum Grenchen vorhanden sind: d.h. die Nennung der Flohmärkte wie der Flohmarkt Schmelzi und Brocanten wie diejenige der Gemeinnützigen Gesellschaft, wo brauchbare Objekte vielleicht doch noch Abnehmer finden.

2.2. Stadtpräsident François Scheidegger erklärt, dass die Baudirektion die Anregung sicher gerne entgegen nimmt.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

4.1. Der Bring und Holtag wird ersatzlos gestrichen und ab 2014 nicht mehr durchgeführt.

Vollzug: BD

BAPLUK
BD

7.2.1 / acs

Genehmigung Demission von Boris Banga, ordentliches Mitglied des Gemeinderates, Kenntnisnahme Wahlfeststellungen Clivia Wullimann, SP, ordentliches Mitglied, und Alfred Kilchenmann, 3. Ersatzmitglied

Vorlage: KZL/18.12.2013

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Stadtschreiberin Luzia Meister verweist auf die Vorlage.

2. Eintreten

2.1. Gemäss Gemeinderat Remo Bill hat Ersatzgemeinderätin Clivia Wullimann nicht damit gerechnet, dass sie wieder ordentliches Mitglied wird. Sie hat berufliche Verpflichtungen als Dozentin an der Wirtschafts- und Kaderschule in Bern eingeplant. Das Pensum in Bern wird Clivia Wullimann nun den Gemeinderatssitzungen anpassen. Sie kann aber aus diesem Grund erst ab Mitte März 2014 als Gemeinderätin zur Verfügung zu stehen.

2.2. Stadtpräsident François Scheidegger erklärt, dass die Stadtkanzlei die Information zur Kenntnis nimmt.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

4.1. Die Demission von Boris Banga, Haldenstrasse 12D, 2540 Grenchen, als ordentliches Mitglied des Gemeinderates wird unter bester Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.

4.2. Von den Wahlfeststellungen vom 12. Dezember und 18. Dezember 2013 wird Kenntnis genommen.

Zu eröffnen an: - Boris Banga, Haldenstrasse 12D, 2540 Grenchen
- Clivia Wullimann, Fliederweg 14, 2540 Grenchen
- Alfred Kilchenmann, Moosstrasse 47, Postfach 625, 2540 Grenchen
- Remo Bill, Präsident SP, Jurastrasse 101, 2540 Grenchen
- Oberamt Region Solothurn, Rötistrasse 4, 4501 Solothurn

Vollzug KZL

Oberamt Region Grenchen
KZL (Behördenverzeichnis)
FV

0.1.2 / acs

VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN

Motion Richard Aschberger (SVP): Auflösung Fachkommission Schulen Grenchen

1. Mit Schreiben vom 10. Dezember 2013 reicht Richard Aschberger (SVP) folgende Motion ein:

1.1. Motionstext

Diese Motion ist die Folge aus meinem Votum betreffend Reporting der Fachkommission (FK) im Gemeinderat vom 03.12.2013. Im Protokoll der genannten Sitzung sind meine Punkte angeführt, ich verzichte der Übersichtlichkeit wegen auf eine erneute Aufzählung der Mängel der Fachkommission und komme gleich zum Punkt:

Ich beauftrage mit dieser Motion die Stadtkanzlei und das Stadtpräsidium, die nötigen Schritte zu unternehmen, um die Fachkommission der Schulen Grenchen aufheben zu können. Vom Zeitplan her würde es sich anbieten (vorausgesetzt die Motion wird von der Mehrheit des GR gutgeheissen), im Juni vor die Gemeindeversammlung zu treten, da dieses Geschäft dort behandelt werden muss, da die Schulordnung angepasst werden muss.

Wie meine Abklärungen ergeben haben, ist es möglich und zulässig, die FK während der Amtsperiode aufzulösen, man sollte jedoch eine Übergangslösung bereit haben.

2. Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

GLSG

Max Wittwer, Luterbach, Projektleiter „Konsolidierung Schulleitungsstrukturen Grenchen“

RD

FKSG

FV

0.1.8 / acs

Motion Fraktion CVP: Durchführung einer anonymen Umfrage bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Grenchen

1. Mit Schreiben vom 21. Januar 2014 reicht die CVP-Fraktion folgende Motion ein (Erstunterzeichner: Andreas Kummer):

1.1. Motionstext

Antrag

Das Stadtpräsidium sei zu beauftragen, unter Beizug einer unabhängigen Firma eine anonyme Befragung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Grenchen über die Arbeitszufriedenheit und das Arbeitsklima in der städtischen Verwaltung durchzuführen und auswerten zu lassen. Der Bericht sei mit Resultaten und konkreten Verbesserungsvorschlägen dem Gemeinderat bis 30. September 2014 vorzulegen.

Begründung

Durch den Wechsel des Stadtpräsidenten und der Änderung der Führungskultur haben einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Mut gefasst, ihrer Unzufriedenheit über das schlechte Arbeitsklima und der Mitarbeiterführung Ausdruck zu geben. Ein schlechtes Arbeitsklima führt zu Ineffizienz, unerwünschter Personalfluktuations und einer gesundheitlichen Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese negativen Begleiterscheinungen müssen im Interesse des städtischen Personals und der Stadt Grenchen beseitigt werden. Die Resultate der Umfrage sollen dem neuen Stadtpräsidenten als objektives Führungsinstrument dienen, um die nötigen Massnahmen umzusetzen.

2. Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

PA
FV
Verbände PVG, vpod, VSPB

0.2.2 / acs

(Ersatz-) Wahlen in Kommissionen und andere Gremien für die Amtsperiode 2013 – 2017, Kompetenzbereich Gemeinderat

Vorlage: KZL/10.01.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Der Gemeinderat, so Stadtpräsident François Scheidegger, hat sicher gemerkt, dass seine Wahlvorschläge betreffend Wirtschaftsrat nicht spektakulär sind. Er beantragt, wieder die gleichen Personen in den Wirtschaftsrat zu wählen, welche schon in der letzten Amtsperiode geamtet haben. Er traf sich zu zwei Gesprächen mit dem Präsidenten des Wirtschaftsrates, Jürg Kaufmann, und es ist dessen ausdrücklicher Wunsch, dass der aktuelle Wirtschaftsrat wiedergewählt wird. Der Präsident betonte, dass es ein gutes und eingespieltes Team sei und sich unterdessen sehr viel Fachwissen angesammelt habe. Im Sinne der Kontinuität ist es nach Ansicht von François Scheidegger sinnvoll, den Wirtschaftsrat so zu bestellen. Im Übrigen haben einzelne WIRA-Mitglieder bereits angekündigt, dass sie sich letztmals zur Verfügung stellen. Deshalb wird man sich im Laufe der Legislaturperiode sicher Gedanken über allfällige Nachfolger machen müssen. Wichtig für ihn persönlich ist die Einbindung des Gewerbes. Er betont, dass er nicht grundsätzlich eine Neuausrichtung des Wirtschaftsrates resp. der Wirtschaftsförderung anstrebt. Er möchte aber das Gewerbe mehr einbinden, als es bisher der Fall war. Der Präsident des Gewerbeverbandes, Heinz Westreicher, würde sich als weiteres Mitglied des Wirtschaftsrates zur Verfügung stellen. Der Stadtpräsident macht dem Gemeinderat beliebt, den Wirtschaftsrat gemäss Vorlage zu wählen.
- 1.2. Die Wahl der Pensionskassenkommission wurde aus den bekannten Gründen verschoben (vgl. GRB Nr. 2730 vom 10.09.2013).
- 1.3. François Scheidegger schlägt vor, separat über den Wirtschaftsrat und die Pensionskassenkommission abzustimmen, und zwar in globo und offen, es sei denn, es gäbe noch weitere Vorschläge. Ist der Gemeinderat mit dem Vorgehen einverstanden?

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderat Ivo von Büren erkundigt sich, ob es richtig ist, dass die Pensionskassenkommission in einem Jahr neu ausgerichtet wird. Wäre es dann nicht sinnvoll, die Kommission bis zur Neuordnung nur provisorisch zu wählen?

- 2.2. Nach dem Verständnis von Esther Müller, Leiterin Personalamt, wird die Pensionskassenkommission heute für die nächsten vier Jahre gewählt. Die Strukturreform BVG hat nichts mit der Pensionskassenkommission zu tun. Die Anforderungen an die Pensionskassenkommission sind heute genau gleich, wie sie nächstes Jahr sein werden. Es gibt allerdings gewisse Anforderungen, welche sich durch die neue Strukturreform etwas verändern werden (so wird künftig Führungs- und Managementenerfahrung und Erfahrung in der Entwicklung verlangt). Ganz wichtig ist, dass die Pensionskassenkommission die Verantwortung für sämtliche Ausführungen trägt, welche sie beschliesst. In diesem Sinne hat ein Arbeitnehmer in der Rolle als Arbeitgeber immer einen Konflikt mit sich selbst. Vertritt er jetzt den Arbeitnehmer oder den Arbeitgeber? Er trägt quasi zwei Hüte, wenn er in der Pensionskassenkommission Entscheidungen treffen muss. Letztlich muss jeder selbst entscheiden, ob er das auf sich nehmen kann.
- 2.3. Nach Ansicht von François Scheidegger wäre eine provisorische Wahl nicht zulässig. Entweder wird ein Kandidat in eine Kommission gewählt oder nicht. Es ist nicht möglich, jemanden wie bei einem öffentlichrechtlichen Anstellungsverhältnis provisorisch zu wählen. Auch für eine befristete Wahl sieht er keine Grundlage. Er wüsste auch nicht, bis wann man die Wahl dann befristet müsste. Aber er versteht den Hintergrund der Frage. Es ist tatsächlich so, dass die Verantwortung der Mitglieder der Pensionskassenkommission gross sein wird und auch viel Fachwissen verlangt wird. Man muss aber bedenken, dass drei der fünf nominierten Arbeitgebervertreter schon in der letzten Amtsperiode in der Pensionskassenkommission Einsitz hatten und daher wissen, worum es geht.
- 2.4. Wie Gemeinderat Andreas Kummer ausführt, wurde diese Frage auch in der CVP/glp-Fraktion diskutiert. Bei den Vertretern der SP ist ihr aufgefallen, dass sie einerseits Versicherte und andererseits Rentenbezüger der Pensionskasse sind, welche sich jetzt mit der Situation konfrontiert sehen, Arbeitgeberinteressen vertreten zu müssen. Das hält sie nicht für eine ideale Besetzung. Er betont, dass dies nichts mit den Personen zu tun hat, sondern mit der Situation. Die CVP/glp-Fraktion wird keine anderen Vorschläge unterbreiten und ist mit der Wahl einverstanden. Für die Stadt Grenchen ist es wichtig, Leute in dieser paritätischen Kommission zu haben, welche wirklich die Arbeitgeberinteressen vertreten. Er möchte zuhanden des Protokolls festhalten: Das sind Leute, welche weisungsgebunden sind, wenn sie in dieser Kommission sitzen. Es ist Aufgabe der Stadt, klare Weisungen zu erteilen, und die gewählten Leute haben sich an die Weisungen zu halten. Es muss sichergestellt sein, dass sie wirklich den Hut des Arbeitgebervertreters tragen, wenn sie für diese Kommission tätig sind. Die CVP/glp-Fraktion wird die Wahl der Pensionskassenkommission gemäss Vorlage vornehmen.
- 2.5. François Scheidegger dankt für das kritische Votum. Die Pensionskassenkommission setzt sich aus fünf politischen Vertretern und fünf Vertretern der Arbeitnehmerverbände und der Personalkommission SWG zusammen. Die Ortsparteien wurden von der Stadtkanzlei aufgefordert, fünf Wahlvorschläge für die Arbeitgebervertreter zuhanden des Gemeinderates einzureichen. Es handelt somit um politische Mandate. Es gibt keine Kriterien oder Anforderungsprofile für die Leute, welche arbeitgeberseitig in die Kommission gewählt werden. Die beiden Kandidaten der SP sind bereits Mitglieder der Pensionskassenkommission (Alfred Kilchenmann seit 1993 und Walter Schürch seit 2009) und wissen, was sie erwartet.

Die SP-Vertreter müssen sich bewusst sein, was ihre Rolle ist. Ihre Rolle ist klar die des Arbeitgebervertreters. Wenn sie das mit ihrem Verständnis vereinbaren können, ist das ihre Sache. Es ist auch unbestritten, dass eine Weisungsgebundenheit besteht. Die Frage ist nur, wer die Weisungen erteilt. Das muss noch abgeklärt werden. Jeder muss sich der Verantwortung bewusst sein.

Der Stadtpräsident verweist noch auf die Ersatzwahlen bei den Vertretungen (Regionale Bevölkerungs- und Zivilschutzkommission, Stiftung Veldrome Suisse, Stiftung ZeitZentrum Grenchen und Verein Mütter- und Väterberatung Solothurn-Lebern). Gibt es andere Nominierungen? Hat jemand noch eine Bemerkung zu den Vertretungen von Amtes wegen?

2.6. Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht folgender

3. Beschluss

3.1. Die folgenden Kommissionen resp. Vertretungen werden für die Amtsperiode 2013 - 2017 in folgender Zusammensetzung bestellt:

3.1.1 Wirtschaftsrat (einstimmig)

(§ 68 Abs. 3 und 4 GO: 5 - 7 Mitglieder)

Blösch Erich	Haldenstrasse 70, 2502 Biel
Kaufmann Jürg	Bielstrasse 39
Sahli Walter	Obere Flurstrasse 16
Schürch Walter	Alpenstrasse 18
Walter Lukas	Adolf Furrer-Strasse 44
Westreicher Heinz	Johanna-Spyriweg 19, 2543 Lengnau

3.1.2 Pensionskassenkommission (mit 14 Stimmen, bei 1 Enthaltung)

(§ 12 Abs. 2 Statuten der Pensionskasse der Stadt Grenchen vom 29. Juni 2006: Der Gemeinderat wählt 5 Arbeitgebervertreter)

Kilchenmann Alfred	Moosstrasse 47	SP
Schürch Walter	Alpenstrasse 18	SP
Pilloud Raphaël	Schöneggstr. 63e	FDP
Borer Bruno	Reiserhubelweg 19	SVP
Decker Ulrich	Rebgasse 77	BDP

3.1.3 Regionale Bevölkerungs- und Zivilschutzkommission (RBZSK)

(Gemäss § 4 Abs. 2 des Vertrages zwischen den Einwohnergemeinden Bettlach, Grenchen und Selzach über den gemeinsamen regionalen Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz wählen die Gemeinderäte der Vertragsparteien auf die verfassungsmässige Amtsperiode je ein Mitglied und ein Ersatzmitglied. Mindestens ein Vertreter pro Gemeinde soll dem Gemeinderat angehören.)

Wirth Urs, Vizestadtpräsident	Elisabeth Frei-Str. 10	Ersatzmitglied
-------------------------------	------------------------	----------------

- 4.2.6 Verein Städteinitiative Sozialpolitik
Scheidegger François, Stadtpräsident Bahnhofstrasse 23 von Amtes wegen
- 4.2.7 Komitee Pro Juralinie SBB
Scheidegger François, Stadtpräsident Bahnhofstrasse 23 von Amtes wegen
- 4.2.8 Assoziation Interlinie TGV Belfort-Bienne
Scheidegger François, Stadtpräsident Bahnhofstrasse 23 von Amtes wegen

Zu eröffnen an: Mitglieder Wirtschaftsrat und Pensionskassenkommission
Gewählte Behördenvertreter
RBZSK, Stiftungen, Organisationen

Vollzug: KZL

KZL (Behördenverzeichnis)
Oberamt Region Solothurn

0.1.8 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1. Sitzungsplan 2014: zwei Änderungen; Genehmigung

- 1.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger sind infolge Terminkollision mit Reservationsen der Cucina Arte folgende Änderungen des Sitzungsplans erforderlich:
 - 1.1.1 Die Gemeindeversammlung vom 26. Juni 2014 findet neu im Gemeinderatssaal (anstatt im Theatersaal) statt.
 - 1.1.2 Die Sitzung des Gemeinderates vom 22. April 2014 kann nicht im Gemeinderatssaal durchgeführt werden (Cucina Arte bietet als Alternative den Jurasaal an).
- 1.2. Früher war es Tradition, einmal jährlich eine GR-Sitzung auswärts abzuhalten. Nach der Sitzung in einer Grenchner Institution, wie z.B. der VEBO oder dem Sonderpädagogischen Zentrum Bachtelen, bot sich den GR-Mitgliedern die Gelegenheit, mittels Führung eine Institution oder Organisation besser kennen zu lernen.
- 1.3. Beschluss
 - 1.3.1 Der Gemeinderat genehmigt die zwei Änderungen des Sitzungsplanes.
 - 1.3.2 Die Stadtkanzlei wird beauftragt, für den Gemeinderat vom 22. April 2014 nach einem anderen Sitzungsort zu suchen und eine Führung durch eine Institution oder Organisation zu organisieren. (Vorschläge: Sunnepark, BWO, Rodania etc.).